



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der
Hohenzollern**

Tümpel, Hermann

Bielefeld, 1909

Reform des rathäuslichen Wesens, Einführung der Akzise.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](#)

Eine neue Behörde trat 1734 für Ravensberg mit den zwei Landräten in Tätigkeit, die die Ritterschaft aus ihrer Mitte präsentierte und denen je zwei Ämter in Militär-, Polizei- und Kontributionssachen unterstellt wurden. In Minden wurden in demselben Jahre die schon vorhandenen Landräte aus Vertretern der Stände in landesherrliche Bezirksbeamte umgewandelt, die allerdings zugleich die ständischen Interessen wahrnahmen.

In ganz anderer Weise vergegenwärtigte den Geist des absoluten Polizeistaates in der Stadt der Steuerrat oder commissarius loci: es gab einen in Minden für die Städte des Fürstentums und für Blotho, einen in Herford für die anderen ravensbergischen Städte. Diese Steuerräte hatten die Kontrolle über die ganze Stadtverwaltung, besonders über das Finanzwesen, und sie hatten dafür zu sorgen, daß Handel und Wandel in ihnen aufblühte. Das System der Bevormundung, das damals üblich und notwendig war, tritt vielleicht bei keinem anderen Beamten so in die Erscheinung wie bei ihnen.

Reform des rathäuslichen Wesens, Einführung der Akzise.

Ehe aber die regelmäßige Tätigkeit des Steuerrates einzutreten konnte, mußte das städtische Wesen erst einmal von Grund aus reformiert werden.⁶⁰⁾ Nächste Veranlassung war hier wie sonst die starke Verschuldung der Städte, Grund die Mangelhaftigkeit des bisherigen Ratsregimentes. An Ansätzen zu dieser Reform hatte es schon unter Friedrich III. (I.) nicht gefehlt. Was Ravensberg anbelangt, so war 1692 bei der Neubesetzung des Postens eines Steuerdirektors diesem die Aufsicht über das Steuerwesen der Städte Bielefeld und Herford übertragen worden, während er bisher nur auf dem Lande etwas zu sagen gehabt hatte. Es war dies gewissermaßen der erste commissarius loci der Grafschaft. Aber mit dem Sturz Dankelmanns brach auch sein Reformsystem, von dem die Beauffichtigung der Städte ein Stück gewesen, zusammen, die Stelle des commissarius loci wurde 1697 nicht wieder besetzt, und die Beauffichtigung des städtischen Steuerwesens wurde wieder eine bloße Formssache. In Minden ward 1710 eine Untersuchung der städtischen Verwaltung eingeleitet und 1711 ein Stadtreglement erlassen.

Eine durchgreifende Reform brachte aber erst die Regierung Friedrich Wilhelms I.⁶¹⁾ Im Westen, wo sie mit Einführung der hier noch unbekannten Kurfürstlichen Akzise verbunden war, kam zuerst Kleve-Mark daran. In Kleve war 1713 Hoßrat Durham erschienen, ein Mann von großer Sachkenntnis und ungewöhnlicher Arbeitskraft. Er traf auf den heftigsten Widerstand der in ihren Interessen bedrohten städtischen Aristokratie, führte aber zunächst die Akzise in Kleve-Mark bis 1716 glücklich durch. In diesem Jahre ordnete der König die Fortsetzung in den anderen Provinzen des Westens an, aber erst 1718 wurde für bessere Einrichtung des rathäuslichen Wesens in den Städten der Grafschaft Ravensberg eine Kommission eingesetzt, zu der außer Durham der Geheimrat Arnold Heinrich v. Meinders, ein Neffe des obengenannten Franz v. Meinders, gehörte. Zuerst wurden Herford und Bielefeld vorgenommen, erst 1721 verwelte Durham persönlich in Minden. Die Maßnahmen sind überall sehr ähnlich. Die Zahl der Magistratsmitglieder und Gemeindevorsteher wird eingeschränkt, jedem eine bestimmte Tätigkeit zugewiesen, ihr Gehalt normiert, Ausgaben für Zehrungen, Douceurgelder usw. fallen fort, Unpünktlichkeit oder Nichterscheinen der Magistratsmitglieder soll bestraft werden. Die Kontribution in Herford und Bielefeld, Giebelshäz, Handwerksgeld und einige andere Abgaben in Minden hören auf, dafür wird die staatliche Akzise eingeführt; von

deren Erträgen erhält die Stadt so viel, als für Schuldenbezahlung und Verwaltung erforderlich ist. Die Zinsen der Stadtgläubiger werden auf 4% herabgesetzt, nur die pia corpora erhalten 5%. Für Herford wurde ein Reglement 1721, für Minden 1723 erlassen. Der Bielefelder Magistrat erhielt seine Interimsinstruktion 1719. Dieser entnehmen wir, daß der Staat jährlich 3139 Rtlr. an die Stadt abführt, die mit den anderen Einnahmen (821 Rtlr.) gerade genügen, die jährlichen Ausgaben zu bestreiten. Unter diesen fordert die Verzinsung der Schulden 1936 Rtlr., die Salarien für den Magistrat 1315 Rtlr. Sonst verdienen Erwähnung 200 Rtlr., die dazu dienen sollen, 150 Gassenlaternen zum Stande zu bringen, die die 6 Wintermonate von abends, da es finster wird, bis um 2 Uhr morgens brennen sollen. Der Magistrat bekommt einen scharfen Beweis, daß die unbezahlten Zinsen auf 6587 Rtlr. angeschwollen sind; diese sollen durch eine proportionierliche Nebenanlage unter die Einwohner aufgebracht werden. 1721 wurde übrigens bestimmt, daß die Privatkreditoren nur die Hälfte der rückständigen Zinsen erhalten sollen. Zum Vergleich fügen wir den städtischen Etat von Minden für 1722 bei. Er balanciert, nachdem der König 1000 Rtlr. Bau- und Reparaturkosten gestrichen hat, mit rund 4500 Rtlr. Von diesen werden nur 500 Rtlr. aus der Akzise bewilligt, alles andere muß die Kämmereikasse aufbringen; den größten Posten bildet unter deren Einnahmen mit über 1000 Rtlr. der Landshatz. Zinsen werden 1700, Salarien 2100 Rtlr. bezahlt.

In Ravensberg erhielten 1719 auch die bisherigen Flecken und Weichbilder Blotho, Werther, Halle, Bersmold, Borgholzhausen und Oldendorf, die zugleich zu Städten gemacht wurden, die staatliche Akzise.⁶²⁾ In Minden wurde sie für Petershagen, Schlüsselburg, Hausberge und Lübbecke beschlossen. Der Ertrag der neuen Akzise überstieg den der bisher erhobenen städtischen bedeutend. In Bielefeld z. B. hatte letztere im Zeitraum von 1699—1718 jährlich nicht ganz 6000 Rtlr. gebracht, im Jahr 1732 aber war der Ertrag 20990 Rtlr. Bei Minden betrug er im letzteren Jahr 15752, bei Herford 13398 Rtlr.; bei den kleineren Städten schwankte er zwischen 1179 (Hausberge) und 5356 Rtlr. (Lübbecke).

Kontribution, Kavalleriegelder.

Wie das Steuerwesen der Städte nun im Osten und Westen der Monarchie gleichmäßig geordnet war, so wurde auch die Reform der Kontributionsverfassung des flachen Landes gleichmäßig überall durchgeführt. In den verschiedenen Provinzen verwandelten Kommissionen die bisherigen Matrikularbeiträge in ein für allemal festgesetzte Staatssteuern. Zu diesem Zweck wurden die Äcker eingeschätzt, und zwar in den meisten Provinzen nach der Höhe der Aussaat, in einigen, darunter im Mindener Departement, nach dem Ertrag. Zu dieser fixierten Kontribution kam die unfixierte, die die nicht grundbesitzenden Landbewohner erfaßte.

Vom Landmann mußten auch die Kavalleriegelder aufgebracht werden, die der König einführte, nachdem 1717 die Kavallerie in die Städte verlegt worden war.

Lehnsallodifikation.

Der Adel behauptete im großen und ganzen seine Steuerfreiheit. Nur durch die Durchführung der Lehnsallodifikation gelang es, ihn regelmäßig zu den Staatslasten heranzuziehen.⁶³⁾

Auch als das stehende Heer gegründet worden war, verzichtete der Landesherr nicht auf das Recht, die Vasallen aufzubieten. Nur entwöhnten sich diese mehr